

Die dunkle Seite der Macht.

Themenpolitik zu politischen Themen

Was gegenwärtig im Fach als „politisch“ benannt und erforscht wird, ist von einem auffällig „entstaatlichten“ Politikverständnis geprägt, das der „offiziellen“ Politik (Parlamente, Parteien, Verwaltungen etc.) wenn nicht skeptisch, so doch distanziert gegenübersteht. Der Beitrag wirft einen Blick in die Fachgeschichte, um die Genese dieses volkskundlichen Politikdenkens zu rekonstruieren und schließt mit einem Plädoyer für eine ethnographische Hinwendung zu staatlichen Politikfeldern, um auch diese „dunkle Seite der Macht“ in der kulturanthropologischen Forschung aufzuhellen.

Dimensionen des Politischen

Es klingt schon wie ein neuer wissenschaftlicher *turn*: Mit der Ausdifferenzierung politischer Handlungsfelder in der Gegenwart einer individualisierten und globalisierten Welt und dem Versuch, diese Welt ethnographisch versteh- und beschreibbar zu machen, hat sich „Politik“ zu einer neuen kulturwissenschaftlichen Leitvokabel entwickelt. Die Hinwendung zu politischen Themen und Fragen geht mit einer Selbstbefragung des Faches und der Erschließung neuer Forschungsfelder einher. Was dabei in das Blickfeld der Forschung gerät, wird in der Regel unter einem weiten Politikbegriff subsumiert, der geeignet ist, die ganze Weitläufigkeit des gesellschaftlichen Alltags durch eine politische Brille zu betrachten. Die „Dimensionen des Politischen“ im Fach umfassen dabei, wie es etwa in der Einladung zur gleichnamigen Österreichischen Fachtagung 2016 in Graz heißt, diverse „Handlungsebenen und Referenzsysteme“, die gleichermaßen amtliches Regierungshandeln, das zivilgesellschaftliche Eintreten für politische Ziele oder „politisches Handeln in einem lebensweltlichen Sinne als produktives Alltagshandeln“ betreffen.¹

Das Grazer Tagungsprogramm versammelte dementsprechend Beiträge zu so unterschiedlichen Themenfeldern wie Rechtsanthropologie und Medienanthropologie, zu ästhetischen, symbolischen und alltagspraktischen Aspekten der Museums-, Kleidungs-, Berufsfeld- und Tourismusforschung, zu aktuellen Figurationen des Rassismus, zu Erinnerungskultur, auch der facheigenen, sowie zu methodischen und fachgeschichtlichen Reflexionen.²

Die Grazer Fachtagung ist damit nur das jüngste Beispiel eines Forschungstrends, der die Konturierung einer „Politischen Anthropologie“ vorantreibt, wobei ein konkretes Forschungsprofil dabei gegenwärtig bestenfalls erahnt werden kann. Scheinbar gibt es kein Thema, das sich nicht als ein politisches verstehen und deuten lässt. Ist „Politik“ damit auf dem Weg, eine neue *catch-all-Kategorie* der Kulturwissenschaften zu werden?

Dieses Urteil trägt nur bedingt, denn bei genauerer Betrachtung fällt auf, was offenbar nur selten in das ethnographische Blickfeld gerät: die Beschäftigung mit der „offiziellen“³ Politik, also dem politischen Handeln in staatlichen Institutionen wie Parteien oder Regierungs- und Verwaltungsapparaten. Zwar sind solche Politikfelder nicht unbeobachtet geblieben, aber sie stehen, trotz eines betont weitgefassten Spektrums politischer „Dimensionen“, nicht im Fokus gegenwärtiger Kulturanalysen. Damit steht umgekehrt wieder die Frage im Raum, was in den volkskundlichen Disziplinen⁴ eigentlich konkret als „politisch“ benannt und erforscht wird – und welche politischen Machtfelder dabei möglicherweise im Dunkeln bleiben.

Die Beschäftigung mit dieser Frage erfolgt hier nicht ganz uneigennützig, denn sie benennt ein Problem, das fortwährend drohend über meiner eigenen Forschung schwebte. Genauer: die Frage, ob das, was ich erforsche, überhaupt Platz hat in der „Politischen

1 <https://das-politische-2016.uni-graz.at/de/tagung/> (Zugriff: 9.4.2018).

2 Vgl. die Beiträge in Johanna Rolshoven, Ingo Schneider (Hg.): *Dimensionen des Politischen. Ansprüche und Herausforderungen der Empirischen Kulturwissenschaft*. Berlin 2018.

3 Mit „offiziell“ soll hier, alternativ zu anderen Abgrenzungen zwischen engen und weiten Politikbegriffen, die amtliche, berufliche, dienstliche (lat. *officium*) Form politischen Handelns bezeichnet werden.

4 Dieser Pluralbegriff sowie die Nennung konkreter Fachbezeichnung schließt selbstverständlich alle Varianten des Vielnamenfaches ein, womit hier ein anderes Politikum dieser Disziplin nur angedeutet werden soll.

Anthropologie“ oder ob nicht auch ich, wie der in der Einleitung von Timo Heimerdinger und Marion Näser-Lather zitierte dänische Doktorand, ein Fall von *breaking bad* bin und angesichts meiner Forschung eingestehen muss, ein schlechter Kulturanthropologe zu sein. Denn ich habe mich, aus Perspektive des Faches, gewissermaßen auf die falsche Seite geschlagen.

Anstatt einem in der Fachtradition verankerten Verantwortungsbewusstsein zu folgen und den „unterdrückten Schichten“⁵ eine Stimme zu geben, widmete ich mich in meiner Dissertation den politischen Machtzirkeln der deutschen Parteiendemokratie und wilderte damit auch noch im Hoheitsgebiet der Politikwissenschaften. Schlimmer noch: Ich forschte in einer Partei, der ich selbst angehöre. Über zwanzig Monate hinweg unternahm ich eine ethnographische Feldforschung in einem lokalen Parteibezirk an der „Basis“ der Politik. Indem ich mich dabei beobachtend, teilnehmend, verstehend mit den lokalen, ehrenamtlich aktiven Parteimitgliedern beschäftigte, inszenierte ich dabei sogar eine untere soziale Schicht innerhalb elitärer Machtzirkel.⁶ Ich habe also alles falsch gemacht, was man als politischer Anthropologe falsch machen kann. Das zumindest war mein Eindruck, wenn ich versucht habe, mich in dieser Fachströmung zu verorten. Das vorläufige Ergebnis dieser zunächst rein subjektiven Verortungsfrage ist eine Spurensuche nach der Themenpolitik zu politischen Themen im Fach, die im Rahmen dieses Beitrages zur Diskussion gestellt werden soll.

Dazu gilt es diese Spurensuche sinnvoll einzugrenzen und zuzuspitzen. Ich will mich im Folgenden auf ausgewählte Themen und Arbeiten ab der Neuausrichtung der Volkskunde in den 1960er Jahren konzentrieren. Diese Entwicklung lässt sich freilich nicht losgelöst von den vorangegangenen Epochen der Fachgeschichte lesen. Die Ursprünge der Volkskunde in der Kameralistik und ihrer staatsdienlichen Ratio ab dem 18. Jahrhundert sowie die „völkische Kontaminierung“⁷ und politische Instrumentalisierung volkskundlichen

- 5 Roland Narr: Volkskunde als kritische Sozialwissenschaft. In: Abschied vom Volksleben. Tübingen 1970, S. 37–73, hier S. 57.
- 6 Vgl. Jonathan Roth: An der Basis der Politik. Ethnographische Erkundungen in einem lokalen Parteibezirk. Münster, New York 2019 [im Druck].
- 7 Klaus Schönberger: Zur Spezifik des Politischen in der Empirischen Kulturwissenschaft. In: Johanna Rolshoven, Ingo Schneider (Hg.): Dimensionen des Politischen. Ansprüche und Herausforderungen der Empirischen Kulturwissenschaft. Berlin 2018, S. 35–50, hier S. 36.

Wissens im 19. und frühen 20. Jahrhundert weisen das Fach in dieser Phase als eine unbedingt politisch geprägte und involvierte Instanz aus. Insofern verweist Klaus Schönberger zu Recht darauf, dass die Frage nach der Rolle des Politischen in der Volkskunde eigentlich eine tautologische sei.⁸ Zünftiger formulierte es Utz Jeggle: Angesichts einer langen Tradition politischer Dienstbarmachungen der Volkskunde, die „in der Regel die jeweilig herrschende Gruppe bzw. Klasse stützte“, zieht er in seinem programmatischen Beitrag zum Abschied vom Volksleben ein vernichtendes Fazit: Die Volkskunde, so Jeggle, „treibt es mit dem jeweils politisch Mächtigen, manchmal mit einem gewissen Verspätungseffekt“.⁹

Die Frage, was auch immer eine Politische Anthropologie (nicht) leisten will, kann und soll, wurde damit spätestens ab 1970 neu gestellt.

Die Zäsur, die mit dem Abschied vom Volksleben vollzogen wurde, brachte dann auch ein verändertes fachspezifisches Verständnis von „Politik“ hervor, das sich besser in die neuen „Wertbedingungen“ der Volkskunde einfügen ließ. Zugleich war dieses Politikdenken eng verknüpft mit den gegenwartsorientierten Fragen und Problemen des gesellschaftlichen Alltags, die nun im Forschungsfokus standen. Diese Genese eines fachspezifischen Politikdenkens soll im Folgenden daher entlang zweier jüngerer Diskursstränge nachvollzogen werden: der Entwicklung des Fachverständnisses als „Alltagskultur-forschung“ ab den 1960er Jahren zum einen und der Hinwendung zu global situierten Machtfeldern seit den 1990er Jahren zum anderen.

Politik / Alltag

Die Neuerfindung der Volkskunde in der Nachkriegszeit war geprägt von der Aneignung eines wissenssoziologisch geprägten Alltagsbegriffs, im Sinne einer intersubjektiv erlebten und gesellschaftlich konstruierten Lebenswelt.¹⁰ Dieser Alltagsbegriff, der zur neuen

8 Ebd., S. 37.

9 Utz Jeggle: Wertbedingungen der Volkskunde. In: Ders., Klaus F. Geiger, Gottfried Korff (Red.): Abschied vom Volksleben. Tübingen 1970, S. 11–36, hier S. 19; 22.

10 Vgl. Peter L. Berger, Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche

Leitvokabel einer qualitativen, subjektorientierten Forschung wurde, war an sich bereits politisch aufgeladen, als er Einzug in die Wissenschaft hielt. Die sprichwörtlich gewordene „Politisierung des Alltags“¹¹ im Kontext sozialer Bewegungen ging vor allem mit der Entfaltung außerparlamentarischer Formen von politischer Teilhabe einher, womit der Alltag selbst zu einer „Arena politischer Aushandlungsprozesse“ wurde: „Politik war demnach keineswegs mehr nur eine Domäne privilegierter Machthaber, sondern auch ein Aktionsfeld nichtprivilegierter Akteure. Damit wurde der Politikbegriff gewissermaßen ‚entstaatlicht‘, und zugleich gerieten die alltäglichen Lebenswelten als zentrale Aushandlungsräume politischer Willensbildung und Praxis in den Blick“.¹² Geprägt durch die populäre Rezeption von Henri Lefèbvres „Kritik des Alltagslebens“¹³ wurde Alltag zudem zur maßgeblichen Erfahrungs- und Deutungsschablone einer marxistischen Gesellschaftskritik an den spätkapitalistischen Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Diese Entwicklung wurde im Fach nicht nur aufmerksam beobachtet und durch entsprechende Arbeiten flankiert, etwa im Kontext der Protestforschung. Die Ligatur von Politik und Alltag wurde vielmehr auch innerhalb der Alltagskulturforschung selbst vollzogen. Parallel zum Aufkommen der Neuen Sozialen Bewegungen folgte etwa die Arbeiterkulturforschung in den 1980er Jahren einem historisch-materialistisch argumentierenden Ansatz, indem sie auf die Untersuchung von schicht- oder klassenspezifischen Gruppenkulturen abzielte. (Die Beschäftigung mit dem politischen Arm der Arbeiterbewegung, den Arbeiterparteien, überließ man dabei geflissentlich der geschichtswissenschaftlichen Forschung.¹⁴)

Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a. M. 1969.

- 11 Hans-Eckehard Bahr (Hg.): Politisierung des Alltags. Gesellschaftliche Bedingungen des Friedens. Berichte und Analysen. Neuwied, Darmstadt 1972.
- 12 Michaela Fenske: Einleitung. In: Dies. (Hg.): Alltag als Politik – Politik im Alltag. Dimensionen des Politischen in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Lesebuch für Carola Lipp. Berlin 2010, S. 9–21, hier S. 9.
- 13 Henri Lefèbvre: Kritik des Alltagslebens. Grundrisse einer Soziologie der Alltäglichkeit. München 1975.
- 14 Vgl. u. a. Hartmann Wunderer: Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933).

Ob damit nun eher zu einer historischen Aufarbeitung von „Kultur und Lebensweise“ des Industrieproletariats beigetragen oder einer Romantisierung des Arbeiters als revolutionäres Subjekt Vorschub geleistet wurde, ist bis heute Auslegungssache.¹⁵ Feststellen lässt sich in jedem Fall eine enge Wechselwirkung zwischen der Politisierung des Alltags und der Politisierung volkscundlicher Forschungsthemen, die sich auch auf das Fach selbst übertrug. So etablierte sich die Frauen- und Geschlechterforschung nicht zuletzt auf Basis eines politischen Alltagsbegriffs, mit dem ein feministischer „Denk- und Handlungsraum“ ausgewiesen wurde.¹⁶ Dabei setzten sich die forschenden Frauen auch selbstreflexiv mit ihrer Involviertheit in die politischen Umstände der Gesellschaft und des eigenen Faches auseinander, die in ein gleichermaßen wissenschafts- wie gesellschaftspolitisches Engagement überführt wurden.¹⁷ Die Frauen- und Geschlechterforschung bereitete damit das Fundament einer in zweifacher Hinsicht politischen Anthropologie, die sowohl Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Alltag als auch das politisch-interventionistische Potential der Forschenden akzentuiert.

Politisch an der Alltagskulturforchung war somit zunächst das gesellschaftskritische Deutungspotential des Alltagsbegriffs selbst, das dann auf jene Lebenswelten des Alltags projiziert wurde, die jenseits staatlicher Politik liegen. Politische Organisationen und Institutionen wurden zwar registriert, aber nicht eigenständig behandelt, sondern z. B. im Kontext der volkscundlichen Vereins- und Gemeindeforschung lediglich gestreift.¹⁸

Frankfurt a. M., New York 1980; Klaus Tenfelde (Hg.): *Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung*. München 1986.

15 Vgl. Schönberger (wie Anm. 7), S. 44.

16 Beate Binder: *Feminismus als Denk- und Handlungsraum*. In: Michaela Fenske (Hg.): *Alltag als Politik – Politik im Alltag. Dimensionen des Politischen in Vergangenheit und Gegenwart*. Berlin 2010, S. 25–43.

17 Beate Binder, Katrin Ebell, Sabine Hess u. a. (Hg.): *Eingreifen, Kritisieren, Verändern?! Interventionen ethnografisch und gendertheoretisch*. Münster 2013.

18 Beispiele für solche Randbemerkungen zu politischen Institutionen sind etwa die Arbeiten von Albert Ilien und Utz Jeggle, die kommunale Prestigesysteme im Kontext von Gemeindevahlen thematisierten (Albert Ilien, Utz Jeggle: *Leben auf dem Dorf. Zur Sozialgeschichte des Dorfes und zur Sozialpsychologie seiner Bewohner*. Opladen 1978, S. 135) oder

Diese Blickrichtung wird auch in neueren Auseinandersetzungen mit dem Alltag als Sphäre des Politischen beibehalten. In den Arbeiten von Michaela Fenske beispielsweise werden Politik und Alltag mitunter schon im Titel emblematisch in einen wechselseitigen Bedeutungszusammenhang gesetzt.¹⁹ Sie thematisiert damit ein weitgestecktes Feld der „Akteure, Formen, Praktiken und Regeln politischer Kultur“²⁰ in den Lebenswelten des Alltags, wie etwa das Schreiben von Petitionen und Bürgerbriefen als ein Erschreiben von Demokratie „von unten“²¹ oder Mahlzeiten als ein alltägliches „Aktionsfeld des Politischen“, das auf symbolische Ordnungen und soziale Machtverhältnisse verweist.²²

Indem die Alltagskulturforschung seit den 1960er Jahren auf diese Weise die „bis dahin als vorpolitisch oder privat betrachteten Strukturen der Alltagswelt“²³ als politische Handlungsräume offenlegte, steckte sie einen thematischen Zuständigkeitsbereich ab, der sich

Albrecht Lehmanns Beobachtungen zum soziostrukturellen Wandel in einem SPD-Ortsverein als Teil seiner Untersuchungen im Arbeiterdorf Greene (Albrecht Lehmann: *Das Leben in einem Arbeiterdorf. Eine empirische Untersuchung über die Lebensverhältnisse von Arbeitern.* Stuttgart 1976). An diesem eher randständigen Beäugen hat sich auch in den gegenwärtigen Ansätzen der Organisationsethnographie wenig geändert. Auf den Alltagsdiskurs rekurrierend wird hier nach Organisationskulturen gefragt, wobei das Forschungsinteresse vornehmlich Industriebetrieben und Unternehmen gilt. Wo tatsächlich einmal politische Organisationen adressiert werden, geschieht dies vornehmlich aus einem policy-orientierten Ansatz heraus, der etwa auf politische Programmfindungen in Parlamenten abzielt (vgl. etwa Renita Thedvall: *Punctuated entries. Doing fieldwork in policy meetings in the European Union.* In: Anette Nyqvist, Christina Garsten (Hg.): *Organisational Anthropology. Doing Ethnography in and among Complex Organizations.* London 2013, S. 106–119).

- 19 Michaela Fenske (Hg.): *Alltag als Politik – Politik im Alltag. Dimensionen des Politischen in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Lesebuch für Carola Lipp.* Berlin 2010.
- 20 Fenske (wie Anm. 12), S. 20.
- 21 Michaela Fenske: *Demokratie erschreiben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien der politischen Kultur 1950–1974.* Frankfurt a. M., New York 2013.
- 22 Regina F. Bendix, Michaela Fenske (Hg.): *Politische Mahlzeiten. Political Meals.* Berlin 2014.
- 23 Carola Lipp: *Politische Kultur oder das Politische und Gesellschaftliche in der Kultur.* In: Wolfgang Hardtwig, Hans-Ulrich Wehler (Hg.): *Kulturgeschichte heute.* Göttingen 1996, S. 78–111, hier S. 92.

vor allem durch eine Abgrenzung von der staatlichen Politik definierte. Mit anderen Worten: Die Alltagskulturforschung adressierte das *Politische im Alltag*, während der *Alltag der Politik* ausgeblendet wurde.

Politik / Macht

Seit den 1990er Jahren lässt sich ein weiterer Strang der kulturanthropologischen Politikforschung ausmachen, in dem vor dem Hintergrund einer globalisierten Politik und Ökonomie zunehmend nach translokalen Effekten und Verflechtungen politischer Machtfelder gefragt wird. Dabei wurden neue Ansätze diskutiert, die den Politikbegriff semantisch weiter auffächerten und zugleich als einen zentralen Forschungsfokus im Fach verankerten.

Maßgeblich beeinflusst wurde diese Entwicklung durch die Arbeiten von Michel Foucault, insbesondere durch das Konzept der „Gouvernementalität“, mit dem Foucault die Geltungslogik staatlichen Regierungshandelns historisch dekonstruierte und in den Mittelpunkt seiner Machtanalyse rückte.²⁴ Eher im Sinne eines „set of analytical tools rather than a social or political theory“²⁵ wurde der Begriff der Gouvernementalität im Anschluss an Foucault dann für die Analyse einer Ökonomisierung des Sozialen operationalisiert. Anknüpfend an diese *governmentality studies* formulierten wiederum Cris Shore und Susan Wright schließlich ihre Ansätze einer „Anthropology of Policy“.²⁶ „Policies“, d. h. die Produkte, Techniken und Programme des Regierens, werden dabei als „Organisationsprinzip“ der Gegenwart sowie als zentrale neoliberale Regierungstechnik adressiert.²⁷ Die Anthropology of Policy steht damit stellvertretend für eine

24 Vgl. v. a.: Michel Foucault: Die „Gouvernementalität“. In: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann, Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a. M. 2000, S. 41–67.

25 William Walters: *Governmentality. Critical encounters*. London 2012, S. 58.

26 Cris Shore, Susan Wright (Hg.): *Anthropology of policy. Critical perspectives on governance and power*. London 1997; Cris Shore, Susan Wright, Davide Peró (Hg.): *Policy worlds. Anthropology and the analysis of contemporary power*. New York 2011.

27 Cris Shore, Susan Wright: *Conceptualising Policy: Technologies of Governance and the Politics of Visibility*. In: Cris Shore, Susan Wright,

aktuelle ethnographische Fokussierung von Politik im Sinne „politischer Machtfelder“, deren beobachtbare Effekte im gesellschaftlichen Alltag als ethnographische „Fenster“ verstanden werden, um dahinterstehende politische Ordnungslogiken und Rationalitäten in den Blick zu nehmen, denen das eigentliche Forschungsinteresse gilt.²⁸

Stilprägend, sowohl hinsichtlich der Terminologie als auch der Forschungsansätze, hat sich dabei auch die kulturalanthropologische Europa- und Migrationsforschung erwiesen. „Europa“ bzw. „Europäisierung“ werden dabei als ein „kulturelles Artefakt“²⁹ verstanden sowie als ein „Zirkulationsprozess“ beschrieben, der neue soziale Gruppen hervorbringe, „für deren Verständnis die etablierten Konzepte von Nation und Staatlichkeit überdacht und modifiziert werden müssen“.³⁰

Angesichts der Dynamiken an den „turbulenten Rändern“ Europas³¹ rückte vor allem das EU-politische Migrationsmanagement in das Blickfeld der Forschung, um die „Produktivität und Kontingenz des umkämpften Regierens der Kontrolle der Migration“³² erfassbar zu machen. Die Grenzregimeanalyse akzentuiert dabei methodisch wie begrifflich einen Ansatz, der darauf abzielt, „Politik radikal als Praxis zu denken und als einen dynamischen, kontingenten Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen Akteuren zu konzeptualisieren“.³³

Davide Peró (Hg.): *Policy worlds. Anthropology and the analysis of contemporary power.* New York 2011, S. 1–25, hier S. 2; S. 16.

- 28 „We see policies as windows onto political processes in which actors, agents, concepts and technologies interact in different sites, creating or consolidating new rationalities of governance and regimes of knowledge and power“ (Shore, Wright [wie Anm. 27], S. 2).
- 29 Kerstin Poehls, Asta Vonderau: *Turn to Europe.* Einleitung. In: Dies. (Hg.): *Turn to Europe.* Kulturalanthropologische Europaforschungen. Berlin, Münster 2006. S. 7–9, hier S. 8.
- 30 Kerstin Poehls: *Europa backstage.* Expertenwissen, Habitus und kulturelle Codes im Machtfeld der EU. Bielefeld 2009, S. 29.
- 31 *Transit Migration* Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder.* Neue Perspektiven auf Migration an den Rändern Europas. Bielefeld 2007.
- 32 Sabine Hess, Vassilis S. Tsianos: *Ethnographische Grenzregimeanalyse.* In: Sabine Hess, Bernd Kasperek (Hg.): *Grenzregime.* Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin 2010, S. 243–265, hier S. 251.
- 33 Sabine Hess: *Governing Migration – Governing Europe.* Kulturalanthropologische Perspektiven auf Europäisierungsprozesse. In: Kerstin Poehls, Asta Vonderau (Hg.): *Turn to Europe.* Kulturalanthropologische Europaforschungen. Berlin, Münster 2006, S. 113–125, hier S. 118.

Was in diesem Forschungsdiskurs folglich zum Vorschein kommt, ist ein prozess- und praxisorientiertes Verständnis von Politik und Staat bzw. eine erneute „Entstaatlichung“ von Politik: Vor dem Hintergrund einer „de-statization of government“³⁴ in der globalisierten Postmoderne werden Staat und Regierung vor allem als „culturally embedded and discursively constructed ensembles“ wahrgenommen.³⁵ Für Michel-Rolph Trouillot zergliedert sich der globalisierte Staat in ein dezentralisiertes „set of practices and processes“: „The state is not an apparatus but a set of processes. It is not necessarily bound by any institution, nor can any institution fully encapsulate it.“³⁶ An die Stelle eines monolithischen Bild des Staates, der von oben regiert und reguliert, ist eine Vorstellung von komplex gelagerten politischen Machtfeldern getreten, die weniger in einer konkreten Staats- und Regierungsform, sondern als „political power beyond the state“³⁷ in einem vielschichtigen und umkämpften Diskurs verortet werden.

Das „Politische“ in der „Politischen Anthropologie“

Was sagt nun diese Auswahl von Themen und Fragestellungen aus fünfzig Jahren Forschung über das Politische in der Politischen Anthropologie?

Zunächst lässt sich konstatieren, dass es zu keinem Zeitpunkt eine explizite kulturtheoretische Debatte über den Politikbegriff im Fach gegeben hat. Was auch immer seit dem Abschied vom Volksleben als politisch benannt und erforscht wurde, bezog sich

- 34 Nikolas Rose: Governing „Advanced“ Liberal Democracies. In: Ders., Andrew Barry, Thomas Osborne (Hg.): Foucault and Political Reason. Liberalism, Neo-Liberalism and Rationalities of Government. London 1996, S. 37–64, hier S. 56.
- 35 Aradhana Sharma, Akhil Gupta: Introduction: Rethinking Theories of the State in an Age of Globalization. In: Dies. (Hg.): The Anthropology of the State. A Reader. Malden 2006, S. 1–41, hier S. 27.
- 36 Michel-Rolph Trouillot: The Anthropology of the State in the Age of Globalization. In: *Current Anthropology* 42.1, 2001, S. 125–138, hier S. 127.
- 37 Nikolas Rose, Peter Miller Peter: Political power beyond the state. Problematics of government. In: *British Journal of Sociology* 43, 1992, S. 172–205.

nicht auf einen normativen Terminus. Vielmehr stellt das, was heute unter dem Dach einer Politischen Anthropologie subsumiert wird, eine historisch gewachsene und empirisch geronnene Form der Perspektivierung von Politik dar, die auf einer Summe ethnographischer Beobachtungen basiert.³⁸ Diese Form der Perspektivierung von Politik stand durchweg in einer engen Wechselbeziehung zu den gesellschaftspolitischen Transformationsprozessen, die im Fach beobachtet und forschend mitgeprägt wurden, von der Frauenforschung über die Arbeiterkulturforschung bis hin zur kritischen Grenzregimeanalyse. „Politisch“ bezeichnet im Kontext ethnographischer Arbeiten somit weniger einen konkreten Untersuchungsgegenstand, sondern vielmehr ein bestimmtes Erkenntnisinteresse, aus dem heraus (i.d.R. machtkritische) Deutungsangebote formuliert werden. Politische Anthropologie war und ist sozusagen immer Fund und Erfindung zugleich, ein Forschungsfeld, das analog zur Politisierung der Welt antrat, die Welt politisch zu deuten.

Insofern verwundert es auch nicht, dass sich die Spurensuche nach einem fachspezifischen Politikverständnis in einem terminologischen Delta verzweigt. „Politik“ fungiert mitunter eher als Platzhalter für alternative Denk- und Analysekatégorien, deren einzige Gemeinsamkeit oftmals die Abgrenzung von der „offiziellen“ Politik zu sein scheint. In den 1970er und 1980er Jahren konnte noch der „Alltag“ selbst als Schlüsselbegriff erhalten, um eine „Domäne privilegierter Machthaber“ von der „Kultur und Lebensweise der aus dem demokratischen Prozess weitgehend oder teilweise ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen“³⁹ abzugrenzen. Die nachfolgenden Zuschrei-

38 Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass sich in den Politikwissenschaften durch die „Politische-Kultur-Forschung“ wiederum ein autochthoner Kulturbegriff entwickelt hat, der dem sozialwissenschaftlichen Methodenprofil untergeordnet wurde (Thomas Mergel: Kulturwissenschaft und Politik. Perspektiven und Trends. In: Friedrich Jaeger, Jörn Rüsen (Hg.): Handbuch der Kulturwissenschaften, Bd. 3. Themen und Tendenzen. Stuttgart, Weimar 2004, S. 413–425, hier S. 413). „Politische Kultur“ beschreibt dabei weniger das Kulturelle in der Politik, sondern eher eine ontologische Fundierung von Politik durch Kultur, verstanden als gesellschaftlicher Kollektivsingular. Diese terminologischen Differenzen können vielleicht erklären, warum sich die politikwissenschaftliche Kulturforschung und die kulturwissenschaftliche Politikforschung mit Brückenschlägen grundsätzlich schwer tun.

39 Schönberger (wie Anm. 7), S. 43.

bungsformeln wurden dann, im Kontext des Globalisierungsdiskurses, zunehmend abstrakter. Aktuell verschwindet der zu eng gewordene Begriff der „Politik“ beinahe ganz. Stattdessen werden bevorzugt Begriffsschablonen wie Assemblage, Dispositiv, Apparat, Formation oder Regime verhandelt, um einer von Pluralität, Unbeständigkeit, Situativität und Konstruktivität gekennzeichnete Vorstellung von politischer Macht Ausdruck zu verleihen. Jens Adam und Asta Vonderau sprechen in diesem Zusammenhang auch von Formationen des Politischen und verweisen damit auf die „Relationen und Verknüpfungen, die sich im Zuge eines politischen Prozesses herausbilden“ und deren Zusammenhänge erst durch eine ethnographische Skalierung sichtbar gemacht werden müssen. Aufgabe einer „Anthropologie politischer Felder“ sei es also, „von den empirisch greifbaren Handlungen, materiellen Objekten, Beziehungen und Produkten her sukzessive die unsichtbaren politischen Rationalitäten, Regierungslogiken und Machtrelationen zu erschließen“.⁴⁰ „Politische Machtfelder“ sind also, „radikal konstruktivistisch“⁴¹ betrachtet, nicht zuletzt auch das wissenschaftliche Artefakt einer Ethnographie, die diese Machtfelder als solche versteht und benennt.

Titelgebend wurde in den Publikationen und Tagungen der letzten Jahre schließlich das oft in den Plural gesetzte Abstraktum des „Politischen“, mit dem der traditionelle Sinnzusammenhang zwischen „Politik“ und „Staat“ erneut aufgebrochen wird. So betont etwa Johanna Rolshoven, dass die sächliche Form des Politischen auf jüngere, in poststrukturalistischen und postkolonialen Denktraditionen verwurzelte Vorstellungen verweise, die sich eher auf den grundsätzlichen Zweck, Ethos und Sinn sozialer Gemeinschaften beziehen.⁴²

40 Jens Adam, Asta Vonderau: Formationen des Politischen. Überlegungen zu einer Anthropologie politischer Felder. In: Dies. (Hg.): Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder. Bielefeld 2014, S. 7–32, hier S. 21. Adam und Vonderau beziehen sich damit wiederum auf politische Felder, die sich „in ihrer Komplexität, in ihren Dynamiken und Verflechtungen“ durch einen Fokus auf „staatliche oder staatsnahe Institutionen, Regulierungen und Akteurskonstellationen allein kaum greifen“ lassen (ebd., S. 16).

41 Vgl. Hess, Tsianos (wie Anm. 32), S. 253.

42 Johanna Rolshoven: Dimensionen des Politischen. Eine Rückholaktion. In: Dies., Ingo Schneider (Hg.): Dimensionen des Politischen. Ansprüche und Herausforderungen der Empirischen Kulturwissenschaft. Berlin 2018, S. 15–33, hier S. 20–23.

Das Politische meine demnach Politik im Sinne Hannah Arendts, d. h. eine elementare „Sphäre des Sozialen“, ein „Zwischen-den-Menschen“⁴³. Rolshoven schließt daraus, „dass ein zentrales Kriterium des *Politischen* in Unterscheidung von *der Politik* in seinem unmittelbaren Bezug zum ‚gemeinen Leben‘ und kollektiven Handeln als individuelle Existenz- und gesellschaftlicher Lebensweise besteht. Dies betrifft grundsätzlich das *Alltagsleben* als genuin von der ‚Volkskunde‘ reklamiertem Fachgegenstand“.⁴⁴ Das Abstraktum „das Politische“ schreibt sozusagen das politische Fachverständnis der Alltagskulturwissenschaft fort.

Klaus Schönberger beruft sich in der Feinunterscheidung von „Politik“ und „dem Politischen“ auf die ontisch-ontologische Differenz in den Arbeiten Chantal Mouffes: Während „Politik“ ein konkretes, ontisches „set of practices and institutions“⁴⁵ meint, verweist das ontologisch verstandene „Politische“ auf die grundlegenden gesellschaftlichen Antagonismen, deren Kampf um Hegemonie sich lediglich in verschiedenen Formen von Politik manifestiere. Diesem fortwährenden Ringen um Deutungs- und Handlungshoheit solle schließlich auch das spezifische kulturalanthropologische Forschungsinteresse gelten:

„Es ist also weniger die Untersuchung politischen Handelns im Sinne einer Anthropologie des Politischen und es sind auch nicht explizit politische Themen, die das Spezifische in unserem Fachverbund ausmachen. Das Politische vermittelt sich vielmehr über die Analyse der Situierung des sozialen Antagonismus oder zwischen sozialen Gruppen, Milieus, Schichten beziehungsweise Klassen und der Herstellung von Hegemonie beziehungsweise der Möglichkeit alternativer Vorstellungen über die ‚Natur‘ und Praxis sozialer Beziehungen. Insofern umreißt die Kulturalanalyse des Alltags nach wie vor das zentrale politische Projekt der post-volkskundlichen (Empirischen) Kulturwissenschaft.“⁴⁶

43 Hannah Arendt: Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß. (Hg. v. Ursula Ludz). München 1993, S. 11.

44 Rolshoven (wie Anm. 42) 2018, S. 24–25 [Hervorhebungen im Original].

45 Chantal Mouffe: On the political. London 2005, S. 9.

46 Schönberger (wie Anm. 7), S. 49.

Als eine Wissenschaft *des Politischen* wird demnach ein Fachprofil geltend gemacht, das mehr meint als gesellschaftliche Teilhabe in den Kanälen eines konkreten politischen Systems und stattdessen auf die elementaren Formen und Funktionen sozialer Auseinandersetzungen als *agens* von Gesellschaft verweist.

Was in dieser aktuellen politischen Positionsbestimmung aufgehoben lässt, ist weniger die nach wie vor emblematische Bedeutung eines sozialkonstruktivistischen Alltagsbegriffs, sondern vor allem das neuerdings gehandelte Diktum von der „post-volkskundlichen“ Wissenschaft. Es führt noch einmal vor Augen, wie einschneidend der Abschied vom Volksleben tatsächlich war, wenn auch aktuelle politische Selbstbefragungen im Fach sich noch bemühen müssen, den Volksbegriff *a posteriori* zuzudecken. Diese Beobachtung führt an den Beginn dieses Beitrages zurück und damit auch an die (Neu-) Anfänge der Volkskunde ab 1970. Dabei zeigt sich, dass die Frage nach dem Politischen in der Politischen Anthropologie nicht allein bestimmtes Forschungsprogramm betrifft, sondern auch und vor allem die nach innen gewendete Aufarbeitung der politischen Krise in der Fachgeschichte. Diese Krise betrifft dabei weniger die politische Instrumentalisierung einzelner volkskundlicher Forscher und Begriffe (was leichter zu verarbeiten wäre), sie rührt vielmehr an dem grundlegenden forschungsethischen Problem von Werturteilsfreiheit versus Verwertbarkeit wissenschaftlichen, konkret: volkskundlichen Wissens – einem Problem, das an sich bereits ein politisches ist.

Utz Jeggle setzte sich in seinem Beitrag zum Abschied vom Volksleben ja gerade mit dieser Frage einer – gewollten wie ungewollten – Indienstnahme von Wissenschaft auseinander:

„Das gesammelte Wissen eines harmlosen Volkskundlers ist schneller, als er denkt, affirmativ eingegliedert. [...] Auch kritische Ansätze, welche die Frage ihrer Verwertbarkeit nicht reflektieren, werden umgebogen und dienen der Stabilisierung von Kräften, die den Fortschritt der Demokratie aufhalten. Wann immer ein Forscher wertfrei sein will, hat er sich bereits dem herrschenden Wertsystem untergeordnet.“⁴⁷

47 Jeggle 1970 (wie Anm. 9), hier S. 23.

Das Webersche Ideal einer Werturteilsfreiheit der Forschung bedeute lediglich, dass es andere Werte als die wissenschaftlichen sind, die sich der Wissenschaft bemächtigen, „weil die Bemühungen, die Forschung von der Tagespolitik frei zu machen, dazu führen, daß die jeweils bestimmende gesellschaftliche Macht, wenn nicht die gesamte Institution Wissenschaft, so doch ihre Ergebnisse in ihren Bann schlagen kann. Die Trennung von Sachurteil und Werturteil bedeutet eine Trennung von Forschung und Forschungszweck und erlaubt so, jede Forschung für jeden Zweck zu nützen. Es wird nicht zu vermeiden sein, dass Rasierklingen auch für Pulsadern benutzt werden.“⁴⁸

An diesem Dilemma scheint sich grundlegend nichts verändert zu haben. Auch fünfzig Jahre später wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob bzw. wie Forschung politisch sein darf, wenn doch jede Wissenschaft, „selbst kritische Wissenschaft, einer Verwertungslogik unterstellt“ werden kann.⁴⁹

Den Weg, den die Kulturanthropologie/Volkskunde im Umgang mit diesem Dilemma bislang eingeschlagen hat, ist hier ausführlich dargelegt worden: die Umwidmung einer herrschaftsnahen, politisch dienstbaren nationalen Wissenschaft in eine gesellschafts- und machtkritisch wertende „Post-Volkskunde“, deren Auseinandersetzung mit dem „Alltag der unteren und unterdrückten Schichten“⁵⁰ darauf abzielt, an der „Lösung sozio-kulturaler Probleme mitzuwirken“.⁵¹ Die Volkskunde hat im Zuge der Überwindung ihrer eigenen

48 Ebd., S. 24.

49 Rolshoven 2018 (wie Anm. 42), hier S. 33. Die „Nützlichkeitsfrage“ wird in der (volkskundlichen) Wissenschaft dabei nicht nur vor dem Hintergrund einer möglichen politischen Instrumentalisierung „von oben“ gestellt, sondern auch bezüglich aktueller „Third-Mission“-Diskurse, die der Wissenschaft eine fortwährende Überprüfung ihres gesellschaftlichen Nutzens aberlangen. Dass dabei eigentlich emanzipatorische Wissenschaftsideale einer „kritischen“, „verantwortungsbewussten“, „engagierten“ Forschung als Trittbreit dienen (können), um politisch motivierte Relevanzkriterien auf die Wissenschaft zu projizieren und schon *a priori* zwischen nützlicher und unnützer Wissenschaft zu unterscheiden, gibt Timo Heimerdinger in seinem Plädoyer für das „Ideal der Werturteilsfreiheit“ zu bedenken: Timo Heimerdinger: Die Schädlichkeit der Nützlichkeitsfrage. Für das Ideal der Werturteilsfreiheit. In: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde LXXXI/120, 2017, S. 81–90.

50 Narr (wie Anm. 5), S. 57.

51 Wolfgang Brückner (Hg.): Falkensteiner Protokolle. Frankfurt a. M. 1971, S. 303.

Fachgeschichte quasi die außerparlamentarische Oppositionsbank besetzt und dabei ihr Politikdenken soweit verlagert (Alltag) bzw. abstrahiert (Diskurs), dass jede Form staatlicher Macht kritisch beäugt und bewertet wurde, zunächst als Hegemonie einer autoritär-bürgerlichen Elite und dann als Relikt eines überholten nationalstaatlichen Systems, über das die neue Realität der „fragmented globality“⁵² hinwegrollt.

Eine solche Blickrichtung hat fraglos ihre Berechtigung und ihren heuristischen Zweck, wenn es gilt, die Effekte politischer Transformationsprozesse im Alltag beschreib- und deutbar zu machen. Gleichwohl lässt sich hier die Frage anschließen, ob ein prinzipiell entstaatlichter Politikbegriff der tatsächlichen Komplexität der gegenwärtigen „Dimensionen des Politischen“ auch gerecht wird; ob also die fachspezifische Themenpolitik zu politischen Themen in der Lage ist, gesellschaftliche Machtfelder und -diskurse in der unterstellten Weitläufigkeit und Grundsätzlichkeit ethnographisch zu durchdringen oder ob nicht vielmehr die historisch und empirisch geronnene Terminologie einen Forschungsfokus vorwegnimmt und damit bestimmte Dimensionen des Politischen allzu kategorisch ausblendet, deren Wirkungskreise und Bedeutungsebenen tatsächlich in einem vorwiegend staatlich-institutionalisierten *setting* liegen. Mit anderen Worten: Es stellt sich die Frage nach der „dunklen Seite der Macht“ im Hinblick auf Forschungsstand und Werturteil der Politischen Anthropologie.

Ein Blick auf die „dunkle Seite der Macht“

Staatliche Institutionen und Einrichtungen wurden bislang gewissermaßen nur als „Oberflächen“ eines politischen Diskurses verstanden, die es im Zuge einer ethnographischen Machtanalyse gedanklich zu überwinden gilt. Allerdings stellen solche Institutionen nicht allein funktionale Apparate dar, die politisches Kapital in Form von Posten, Ämtern und Befugnissen objektiviert haben und nach einem gewissen Bauplan Macht ausüben. Wie Staatlichkeit an sich sind auch die staatlichen Apparate gleichermaßen Produzent und Produkt politischer Macht. Sie lassen sich damit auch selbst als kulturelle Artefakte

52 Trouillot (wie Anm. 36), S. 129.

verstehen, deren Funktionsweise und Geltungslogiken immer wieder alltagspraktisch neu hergestellt werden.

Ein ethnographischer Zugang ist dabei besonders geeignet, solche Praktiken und Prozesse des Herstellens institutionalisierter Macht sichtbar zu machen. Warum ich eine solche Hinwendung zu staatlichen Politikfeldern auch für lohnenswert erachte, soll nun abschließend vor dem Hintergrund eigener Ansätze und Beobachtungen aus dem eingangs erwähnten Dissertationsprojekt exemplarisch skizziert werden, um daran anlehnend ein kulturanthropologisches Erkenntnisinteresse an Parteien und staatlicher Politik zu umreißen.

Meine Arbeit widmete sich dem Thema lokaler Parteiarbeit und thematisiert damit eine Form des politischen Engagements, die wissenschaftlich und medial weitgehend unterrepräsentiert ist. Über die breite Mitgliederbasis der deutschen Parteien liegen, abgesehen von Statistiken und vereinzelt Umfragen, eigentlich keine Kenntnisse vor. Dem wollte ich eine ethnographische Untersuchung aus der Binnenperspektive gegenüberstellen, wobei ich mir meine bis dahin eher passiv ausgeübte Parteimitgliedschaft zu Nutze machte, um einen teilnehmenden Zugang und einen verstehenden Deutungsansatz zu entwickeln.⁵³ „Lokale Parteiarbeit“ wird dabei im Rahmen der Arbeit mit Pierre Bourdieu als ein „politisches Feld“⁵⁴ verstanden und damit als ein heterogenes Geflecht politischer Arenen und Konstellationen, das es weniger aus seinen institutionellen Strukturen, sondern vor allem aus den relationalen Beziehungsgefügen zwischen handelnden Personen und ihren Positionen heraus zu untersuchen gilt.⁵⁵ Aufbauend auf Beobachtungen aus einer zwanzigmonatigen Feldforschung in einem lokalen Parteibeziirk wurden schließlich in fünf Fallstudien politische „Infrastrukturen“ herausgearbeitet, also jene Techniken, Netzwerke, Organisations- und Interaktionspraktiken, durch die veranschaulicht werden kann, wie sich dieses lokale politische Feld

- 53 Die methodischen und forschungsethischen Implikationen, die mit diesem Ansatz eines forschenden Parteimitgliedes hier nur angedeutet werden können, werden in der Arbeit selbst ausführlicher reflektiert.
- 54 Pierre Bourdieu: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz 2001.
- 55 Vgl. dazu auch Jonathan Roth: Sitzung, Satzung, Solidarität. Ordnung im politischen Feld. In: Ute E. Flieger, Barbara Krug-Richter, Lars Winterberg (Hg.): Ordnung als Kategorie der volkswissenschaftlich-kulturwissenschaftlichen Forschung. Münster, New York 2017, S. 111–139.

im Alltag reifiziert. Als solche „Infrastrukturen“ wurden dabei etwa die ordnungspraktische Bedeutung von (Wahl-)Listen verstanden, die Funktion von Wahlprogrammen als „boundary objects“, die das heterogene soziale Gefüge in einem Parteiapparat zu einem großen Kooperationsprojekt zusammenzuführen, oder die konstitutive Bedeutung von „Konsens und Konflikt“ im demokratischen Wettstreit, der unabhängig von der Durchsetzung konkreter Interessen letztlich immer auch darauf abzielt, die „doxische“⁵⁶ Ordnung einer demokratisch verfassten Gesellschaft affirmativ zu bestätigen.⁵⁷

Mit dieser Herangehensweise zielte die Arbeit auf eine alternative Darstellung (lokaler) Parteiarbeit, die sich nicht an normativen Partizipationsmodellen oder Organisationsstrukturen orientiert, sondern an dem tatsächlichen Alltagshandeln politischer Akteure an der „Basis der Politik“.

Welchen Erkenntnisgewinn liefert nun dieser Versuch einer ethnographischen Beschreibung und Deutung? Diese Frage lässt sich meines Erachtens vor dem Hintergrund eines aktuellen Krisendiskurses bewerten, nämlich der Entwicklung hin zu „postdemokratischen“ Zuständen⁵⁸. Dieser Befund, der eine Zentralisie-

56 Pierre Bourdieu: Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft. Frankfurt a. M. 1976, S. 325.

57 Wie weitreichend die Geltungslogik des demokratisch verfassten politischen Spiels sein kann, lässt sich beispielsweise daran festmachen, dass auch rechtspopulistische Bewegungen ihren politischen Wettstreit (zunächst) auf dem demokratischen Spielfeld der Parteien- und Parlamentsdemokratie ausfechten. Die selbst erklärte „Alternative für Deutschland“ etwa begann ihre Kampfansage an die „Altparteien“ ausgerechnet damit, eine Partei zu gründen. Das sagt freilich noch nichts über die Haltbarkeit politischer Systeme an sich aus, etwa bezüglich der Frage, wie viel Beugekraft das deutsche Grundgesetz hat, bevor es unter dem Druck eines politischen Rechtsrucks dann tatsächlich brechen könnte. Hier fehlt es den westlich-liberalen Demokratien schlicht an Präzedenzfällen, die ihr Scheitern vorhersagen (den Weimarer Sonderfall einmal ausgenommen). Bislang kann zumindest konstatiert werden, dass sich trotz rückläufiger Wähler- und Mitgliederzahlen noch keine reelle Alternative zu den westlichen Demokratien hat artikulieren oder durchsetzen können, was wohl als Hinweis auf die Wirkmächtigkeit der demokratischen Geltungslogik verstanden werden kann. Verändert wurden bislang nur vereinzelte Spielregeln, noch hat keine Partei das Spielfeld verlassen.

58 „Postdemokratie“ beschreibt nach Colin Crouch ein „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, [...] in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche

rung von Partei- und Verwaltungsapparaten und eine zunehmende Kolonisierung politischer Machtfelder durch wirtschaftliche Eliten beschreibt, ist nicht grundsätzlich von der Hand zu weisen. Aber er erzählt gewissermaßen nur die halbe Wahrheit. So wird der aktuelle Zustand der Parteien daran bemessen, dass die breite Mitgliederbasis ihre ursprüngliche Bedeutung eingebüßt habe und keine intermediäre Funktion als Sprachrohr sozialer Milieus mehr ausübe.⁵⁹ Vor dem Hintergrund meiner eigenen Untersuchung scheint mir dieser Befund ein Artefakt der sozialwissenschaftlichen Forschung zu sein, das von einem normativen Verständnis von „Politik“, „Demokratie“ und „Partizipation“ bestimmt wird. Der Krisendiskurs blendet die Frage nach der Alltagswirklichkeit derjenigen aus, deren Krise er beschreibt.

Von einer „Funktionsentleerung“⁶⁰ der lokalen Parteilarbeit kann meines Erachtens keine Rede sein. Parteien bilden ein zwar zahlenmäßig rückläufiges, aber nach wie vor elementares Diskussionsforum, in dem politische Grundsatzfragen verhandelt werden. Auch eine systematische Unterscheidung von Parteipolitik und bürgerschaftlichem Engagement, wie sie bisweilen mit Blick auf die Lernpotentiale lokaler Politik unternommen wird⁶¹, ist so nicht aufrechtzuerhalten. Vielmehr lässt sich eine enge Verflechtung von

Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten vorher ausgewählt haben. [...] Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“ (Colin Crouch: Postdemokratie. Frankfurt a. M. 2008, S. 10).

- 59 Vgl. dazu u. a.: Klaus v. Beyme: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. Wiesbaden 2000; David Gehne, Tim Spier (Hg.): Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? Wiesbaden 2010; Elmar Wiesendahl: Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft. Opladen 2011.
- 60 Oskar Niedermayer: Modernisierung von Wahlkämpfen als Funktionsentleerung der Parteibasis. In: Ders., Bettina Westle (Hg.): Demokratie und Partizipation. Wiesbaden 2000, S. 192–210, hier S. 203.
- 61 Vgl. dazu u. a. Oskar Niedermayer, Benjamin Höhne, Uwe Jun (Hg.): Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest. Wiesbaden 2013; Gerd Mielke. „I'll get by with a little help from my friends.“ Zum Verhältnis von Parteien und bürgerschaftlichem Engagement. In: Daniel Detling (Hg.). Parteien in der Bürgergesellschaft. Zum Verhältnis von Macht und Beteiligung. Wiesbaden 2005, S. 117–130.

lokalem Engagement in Parteien, Kirchen, Vereinen, NGOs oder Bürgerinitiativen feststellen, womit der Nexus zwischen Politik und Bürgerschaft auf kommunaler Ebene alltagspraktisch neu hergestellt wird. Lokale Politik und Parteiarbeit beschreiben insgesamt ein komplexes politisches Praxisfeld, in dem die Prinzipien der repräsentativen Demokratie jeden Tag aufs Neue gedeutet, angeeignet und ausgehandelt werden – mit all ihren Licht- und Schattenseiten: Auch lokale Parteibezirke sind auf Grund ihrer Wissensordnungen und Spielregeln „geschlossene Gesellschaften“, in denen um Deutungshoheiten gerungen wird und Verlierer produziert werden. Gerade im Hinblick auf diese Beobachtungen genügt es aber meines Erachtens nicht, den Zustand der politischen Parteien entlang abstrakter Politik- und Demokratiemodelle pauschal zu beschreiben. Zumindest für das Praxisfeld lokaler Politik liefern solche Modelle keine hinreichende Erklärung, etwa im Hinblick auf die Frage wie und warum sich Parteimitglieder überhaupt noch politisch engagieren. Um den aktuellen Zustand der deutschen Parteiendemokratie hinreichend hinterfragen (oder auch würdigen) zu können, reichen Mitgliederstatistiken nicht aus. Stattdessen bedarf es einer Berücksichtigung der konkreten politischen Alltagspraxis, wie sie nur von einem ethnographischen Forschungsansatz gewährleistet werden kann, der auch eine teilnehmende Beobachtung von parteiinternen Vorgängen einzubeziehen weiß.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen stellen politische Institutionen wie Parteien für mich in zweifacher Hinsicht ein weiter zu konturierendes Forschungsfeld der Kulturanthropologie dar: Sie lassen sich erstens als ein *Ort* des Politischen verstehen und damit als ein an institutionellen Gefügen orientierter Untersuchungsraum, um z. B. die Infrastrukturen, die involvierten Akteure sowie die politischen Vorgänge zu beleuchten, die darin verhandelt werden. Und sie lassen sich zweitens als ein *Produkt* des Politischen verstehen, das historisch gewachsen ist und alltagspraktisch immer wieder neu ausgehandelt wird und das sich hinsichtlich der spezifischen Organisationsformen und -logiken sowie den Imaginationen und Praktiken, die zum Funktionieren und Erhalt dieser Institutionen beitragen, befragen lässt.

Eine solche Hinwendung zu institutionalisierten politischen Feldern steht noch nicht einmal im Widerspruch zu einem wei-

ten, an Alltags- und Machtbegriffen orientierten Politikdenken im Fach. Bourdieus Begriff des politischen Feldes bietet dahingehend einen weiterführenden Ansatz, um z. B. Parteien nicht als statische, monolithische Gebilde zu betrachten und auf ihre institutionelle und rechtliche Verfasstheit zu reduzieren, sondern um sie vielmehr als ein dynamisches Feld politischen, sozialen und kulturellen Handelns beschreib- und deutbar zu machen.

Man mag zu diesem Forschungsplädoyer stehen wie man möchte, in jedem Fall scheint es mir geeignet, die Diskussion über die „Wertbedingungen der Volkskunde“ fortzusetzen. Schließlich wird damit erneut die Frage aufgeworfen, ob etwa eine Forschung in und über Parteien nicht auch zugleich eine parteiliche Forschung ist. Läuft eine Ethnographie zu staatlichen Feldern nicht wieder Gefahr, staatsdienlich zu werden? Trägt der Versuch, politische Begriffe und Geltungslogiken zu deuten, nicht dazu bei, diese reproduzieren? Kann man überhaupt, wie Bourdieu es formulierte, Politik denken, ohne politisch zu denken?⁶²

Nach meiner Auffassung verlangen diese Fragen nicht nach allgemeingültigen Antworten. Vielmehr machen sie den eigentlichen Kern des kulturanthropologischen Politikdenkens aus und fungieren als Basis und Motor jeder politischen Ethnographie. Es ist quasi die prinzipielle Offenheit dieser Fragen, die ein Denken und Forschen in Machtfeldern erst sinnvoll und möglich macht. Nicht zu instrumentalisieren ist nur diejenige Forschung, die erst gar nicht unternommen wird, und das ist ein offenkundig wenig produktiver Ansatz.

Dabei scheint es mir auch angebracht, die Möglichkeiten der politischen Dienstbarmachung mit etwas mehr Augenmaß zu bewerten. Die kritische Aufarbeitung der Fachgeschichte und die Erkenntnisse der Writing-Culture-Debatte haben zu einem derart hohen Maß an Selbstreflexivität bei der Wahl von Fragestellungen, Methoden und Begriffen geführt, dass derzeit weniger die politische Nutzenanwendung ethnographischer Perspektiven zu beklagen ist, sondern eher ihre mangelnde Präsenz in einem politischen Diskurs, in dem reflektierende Stimmen dazu neigen, überhört zu werden.

Es ist vielleicht schon aus aktuellem Anlass angebracht, die Politische Anthropologie nicht nur lauter werden zu lassen, son-

62 Bourdieu (wie Anm. 54), S. 8.

dern auch den Forschungsfokus bewusst auf staatliche Politikfelder zu lenken, gerade weil sie angesichts ihrer mangelnden Problemlösungskompetenz zunehmend in die Kritik geraten. Dieser Stimmung folgend haben sich zuletzt rechtspopulistische Bewegungen, in Europa wie in den USA, den Vorwurf einer Entfremdung zwischen „Volk“ und „Politik“ auf die Fahnen geschrieben und führen einen offenen Kampf gegen das „Establishment“ und die Institutionen des politischen Systems. Zugleich erweisen sich die Parteien allen postmodernen Vereinzlungen und Verunsicherungen zum Trotz als beachtlich stabil. Eine funktionale Alternative zu Parteien und Parlamentarismus hat auch der Anti-„Establishment“-Diskurs noch nicht hervorgebracht. Die Frage, was „Staat“, „Demokratie“, „Politik“ eigentlich bedeuten und leisten sollen, steht somit mehr denn je zur Disposition. Bisher wurde die akademische Deutungshoheit über diese politischen Felder weitgehend den überwiegend positivistisch argumentierenden Sozialwissenschaften überlassen. Es bedarf aber meines Erachtens einer verstehenden, mit politischen Akteuren korrespondierenden ethnographischen Hinwendung, um die Aneignungen, Aushandlungen und Vorstellungen von Politik in diesen Feldern angemessen erklären zu können. Die Politische Anthropologie kann dahingehend einen ethnographisch fundierten Beitrag zur Diskussionen über Zustand und Entwicklung der Demokratie leisten.

Dabei sehe ich die Rolle der Politischen Anthropologie weder auf den interventionistischen Impetus einer action anthropology festgelegt, die antritt, um konkrete Lösungsvorschläge und Handlungsempfehlungen zu formulieren. Noch sehe ich sie auf die Bestimmung eines parteilichen Kritikers im Sinne Norberto Bobbios beschränkt, der „wider die eigene Seite redet“, um „vor allem diejenigen in die Krise [zu] bringen, an deren Seite er sich engagiert“.⁶³ Näher liegt mir ein Kommentar von Umberto Eco, den er mit Rückgriff auf einen Romantitel von Italo Calvino formulierte und der sich meines Erachtens auch für die Positionierung eines politischen Ethnographen eignet: Dieser müsse „am Geschehen in Politik und Gesellschaft teilnehmen wie jemand, der auf Bäumen lebt“⁶⁴, also verwurzelt und dis-

63 Umberto Eco: Norberto Bobbio: Die Bestimmung des Gelehrten heute. In: Ders.: Im Krebsgang voran. Heiße Kriege und medialer Populismus. München 2007, S. 53–67, hier S. 64.

tanziert zugleich, aber mit gutem Ausblick auf alles, was sich gerade ereignet, auch im Staat.

Damit soll keineswegs vergessen oder marginalisiert werden, dass politische Macht immer eine zweischneidige Klinge ist. Ich plädiere lediglich dafür, nicht nur die Gefahren einer „staatsnahen“ Forschung geltend zu machen, sondern auch das Potential einer Politischen Anthropologie zu berücksichtigen, die vor einer verstehenden Hinwendung zu staatlichen Machtfeldern nicht Halt macht. Es mag richtig sein, dass Rasierklingen auch für Pulsadern benutzt werden. Aber sie dienen vor allem dazu, alte Bärte zu stutzen.